Öffentlich-rechtliche Relevanz

Der neue Rundfunkbeitrag ist da. Seither stehen ARD und ZDF im Kreuzfeuer der Kritik. Denn jeder muss ihn zahlen – egal, ob er Radio und Fernsehen nutzt oder nicht. Nicht diskutiert wird jedoch der ideelle Einfluss von ARD und ZDF auf das gesellschaftliche Miteinander.

Von Gerrit Reichert

Ruhig war es. Verdächtig ruhig. Im vergangenen Jahr war nichts von öffentlich-rechtlichen Skandalen zu hören, gar nichts. Das war schon mal anders. Am laufenden Band hatte die Öffentlichkeit von der Selbstbereicherung der NDR-Fernsehspielchefin, dem unbemerkten Hinaustragen von KIKA-Millionen ins Spielcasino oder dem parteipolitisch durchgesetzten Sturz des den Konservativen zu unbotmäßigen ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender gehört – nur um drei Beispiele zu nennen. Im Jahr 2012, dem Jahr vor Einführung der neuen Haushalts-Zwangsabgabe von einheitlich 17,98 Euro pro Monat, gab es von alledem nichts. Offensichtlich hatten ARD und ZDF intern Funkstille befohlen, um die Einführung des kalkuliert unverfänglich klingenden „Rundfunkbeitrages“ nicht zu gefährden.

Als es so weit war, brach der Entrüstungssturm doppelt heftig los. Viel Altbekanntes wurde und wird dabei vorgetragen: Fälle von Korruption, mangelnde Programmqualität, Verschwendung, Privilegien, ein aufgeblasener, ineffektiver Verwaltungsapparat und das teuerste öffentlich-rechtliche Rundfunksystem der Welt. Immerhin entfallen auf die 25 000 Angestellten von ARD und ZDF mit ihren aktuell 22 TV- und 67 Radiosendern rund 7,5 Milliarden Euro Gebührengelder. Nur unwesentlich mehr Geld, nämlich neun Milliarden Euro, beziehen die deutschen katholischen und evangelischen Kirchen mit ihren 1,2 Millionen

> „Ein Beitrag für die Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens.“
>
> Jörg Schönenborn, WDR-Chefredakteur

Angestellten als Kirchensteuer. Die Frage ist berechtigt: Wofür nur erhalten ARD und ZDF das viele Geld?

Auf dem vorläufig ersten Höhepunkt der hitzigen Diskussion gab der Fernseh-Chefredakteur des WDR, Jörg Schönenborn, eine bemerkenswerte Antwort: der neue Rundfunkbeitrag sei eine „Demokratie-Abgabe“, schrieb er im Internet, „ein Beitrag für die Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens und unserer Gesellschaft“.

Mit anderen Worten: Den Programmen von ARD und ZDF komme eine Schlüsselfunktion bei der Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu. Indirekt erinnerte Schönenborn damit an die Medientheorie der 1970er und 1980er Jahre. Allein die Medien würden politische Vorstellungswelten und mithin den gesellschaftlichen Zusammenhang produzieren, hieß es seinerzeit. So urteilte eine UNESCO-Studie Mitte der 1970er Jahre, dass, wer die Medien kontrolliere, einen Einfluss besitze, der nur durch die direkte elektrische Beeinflussung des Gehirns übertroffen werden kann. 25 Jahre später nahm der frisch gekürte Kanzler Gerhard Schröder diese eingleisige Wirkungsthese mit den Worten auf, zum Regieren brauche er nur „Bild, BamS und Glotze“.

Gilt dieser Zusammenhang noch immer? „Unsere Kultur ist eine medienbasierte Kultur, wir leben in einer medienbasierten Welt. Würden wir heute die Medien wegziehen, bräche der Alltag der Menschen, wie wir ihn kennen, zusammen“, sagt der Sprecher des „Zentrums für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung“ an der Bremer Universität, Professor Andreas Hepp. Keine moderne Gesellschaft sei ohne Medien überhaupt vorstellbar: „Was wir bei unseren politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen als Selbstverständlichkeit nehmen, sind medienvermittelte, basale Vorstellungswelten.“ Eine nationale Identität beispielsweise sei ohne Medien nicht realisierbar. Dabei sei es schwierig, den genauen Grad der medialen Beeinflussung zu analysieren. Faktisch bestehe eine Wechselwirkung zwischen den zahlreichen Medien und einer sich immer mehr differenzierenden Gesellschaft: „Die einfache Vorstellung, man könne eine direkte Medienwirkung nachweisen, ist nie geglückt.“ Insofern beschäftigt sich der Spezialist für Medienkultur und Kommunikationstheorie immer nur mit dem Verbund der verschiedenen Medien, nicht isoliert mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als solchem. Dennoch sei dessen Auftrag laut Rundfunkstaatsvertrag „nicht machtfern“, wie Hepp unterstreicht: „Die Kommunikation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört zu einem gesellschaftlich stabilisierenden Diskurs, wir brauchen die.“

Ende Februar legte Jörg Schönenborn nach. In der NDR-Dokumentation „Über Gebühr“ konkretisierte er sein Wort von der „Demokratie-Abgabe“. Die „Tagesschau“ und den „Tatort“ bezeichnete er als herausragende ARD-Formate, „über die die Menschen am Montagmorgen sprechen“. Damit postulierte er die zwei strategisch wichtigsten Image-Parameter, für die ARD und ZDF die Kernkompetenz der elektronischen Medien haben: Information und Heimat. Was geschähe, würden diese konstituierenden Säulen des modernen Medienmenschen auf einmal wegfallen? Mit den Worten Professor Hepps: „Der Alltag in der Form, wie wir ihn kennen, bräche zusammen.“

Tatsächlich sind die öffentlich-rechtlichen Sender das Talkshow-Zuhause der politischen Nomenklatura, deren Ansehen – und mithin das Ansehen der Demokratie – so schlecht ist wie nie. Bestbezahlte Moderatoren wie Günther Jauch sorgen hier dank ihrer überragenden Beliebtheits- und Glaubwürdigkeitswerte dafür, dass Politik überhaupt noch wahrgenommen wird. Die diesbezügliche Leuchtturm-Funktion des öffentlich-rechtlichen Fernsehens findet ihre gesellschaftliche Verbreiterung zum Beispiel in der Berichterstattung dieser Zeitung sowie der Vielzahl anderer Medien. Jeder Bürger wird so am Ende des Tages irgendwie erreicht. Steckt da auch machtstrategisches Kalkül dahinter?

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Anstalten mehrheitlich nach der sogenannten „politischen Farbenlehre“ besetzt sind. Soll zum Beispiel das sogenannte „Kanzlerduell“ unter regelmäßiger Aussparung der Kandidaten kleinerer Parteien die politische Mitte bevorzugen, die stetig schwindenden „Volksparteien“ in der öffentlichen Wahrnehmung vergrößern und die Wahlbeteiligung als wichtigsten Ritus des gesellschaftlichen Zusammenhanges forcieren? „Wir haben hier keine Dinos mehr, die sagen, so machen wir das jetzt mal, einen geheimen Masterplan gibt es nicht“, erläutert der Intendant von Radio Bremen, Jan Metzger. Der leitende Gedanke sei vielmehr, wie man die Dinge interessant machen könne. „Opium fürs Volk ist Fantasie“.

Das gelte ebenso für den Bereich Heimat. Als Beispiel nennt Metzger die Fußball-WM 2006, die ein für alle „entspannteres Deutschland“ hinterlassen habe. Faktisch bewegen sich ARD und ZDF überwiegend in ihren deutschen Lizenzgebieten, während die privaten TV-Sender sehr erfolgreich mit den kriminellen Milieus urbaner US-Städte sind. „Wir sind der Prototyp für regionale Identität“, sagt Jan Metzger denn auch für das kleine Radio Bremen. Als Paradebeispiel nennt er Bremens „Tatort“-Kommissarin Sabine Postel alias Inga Lürsen, deren mediales Wirken sie zur „lebenslangen Ehrenbürgerin Bremens“ mache, „obwohl sie in Köln lebt“. Mit der Globalisierung sei das Bedürfnis der Menschen nach „Heimatgefühl und Beständigkeit“ gewachsen, „es sind zwei Seiten der gleichen Medaille“. In keiner der neun ARD-Anstalten sei die regionale Identität so intensiv wie in Bremen: „Bremen ist ein Bonsai-Markt, voll ausgeprägt, dabei klein. Hier kann man wie sonst nirgendwo erleben, was für eine Bedeutung ein öffentlich-rechtlicher Sender für seine Region haben kann“, betont Metzger.

Tatsächlich beträgt der Marktanteil der Radioprogramme Bremen Eins, Bremen Vier und Nordwestradio laut jüngster Media-Analyse trotz einiger Reichweitenverluste mehr als 40 Prozent. Rechnet man das Fernsehformat „buten un binnen“ hinzu, liegt der Marktanteil von Radio Bremen bei Radio und TV bei rund 50 Prozent. Die langjährige gute Positionierung der Radio Bremen-Formate hat sicherlich auch mit einem intensiv gefühlten Heimatgefühl zu tun. Öffentlich-rechtliche Massenprogramme, so genannte Mainstream-Programme, sind für Jan Metzger kein Widerspruch zum gesetzlich definierten öffentlich-rechtlichen Auftrag: „Wenn wir von allen finanziert werden wollen, müssen wir auch für alle Angebote machen.“ In der Folge sei der Zuschnitt der Radioprogramme von Radio Bremen „massenattraktiv mit Elementen, die sich die Privaten nicht leisten würden“. Im Radio Bremen-Gesetz ist dazu vermerkt: „Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.“ Im Ist und Werden der öffentlich-rechtlichen Programme kommen Jan Metzger und Jörg Schönenborn zu einer ähnlichen Beurteilung: „Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Gesellschaft zusammenzuhalten“, formuliert der Intendant, der Chef von 215 festen und 190 freien Mitarbeitern in Bremen und Bremerhaven ist.

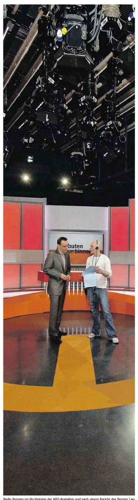
An der unteren Weser lässt sich die ideelle Frage der öffentlich-rechtlichen Relevanz für das gesellschaftliche Miteinander wie nirgendwo sonst miniaturartig nachvollziehen. Hinzu kommt die materielle Relevanz. Der Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Radio Bremen, Michael Glöckner, rechnet vor: „An die festen Mitarbeiter zahlt Radio Bremen jährlich 40 Millionen Euro und vergibt Honoraraufträge in Höhe von 20 Millionen Euro im benachteiligten Kreativ- und Kulturbereich, die als Kaufkraft unmittelbar an Bremen und

> „Bremen ist ein Bonsai-Markt, voll ausgeprägt, dabei klein.“
>
> Jan Metzger, Radio-Bremen-Intendant

die Region zurückfließen. Dazu kommen etwa zehn Millionen Euro für Fremdleistungen. Legt man hier den Schlüssel der öffentlichen Hand von 3,3 bei Investitionen an, wird ein regionalwirtschaftlicher Effekt von rund 230 Millionen Euro alljährlich durch Radio Bremen in der Region erzielt.“

Ist der neue einheitliche Rundfunkbeitrag in Summe aller Teile also doch ein angemessener Preis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Jein. Auf der Habenseite von ARD und ZDF ist sicherlich die nationale Dimension der ideellen Relevanz ihrer Programme in einer sich schwindelerregend wandelnden Welt. Wer über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk spricht, muss zuvorderst über seine gesamtgesellschaftliche Leistung sprechen. Dass zum Beispiel auch diese Tageszeitung und die rund 350 regionalen und überregionalen Tageszeitungen in Deutschland Tag für Tag ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Ganzen leisten und dafür keine öffentlichen Gebühren beziehen, gehört mit in die Diskussion. Auf der Sollseite jedoch ist die bis heute währende Intransparenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Bürger, die das Geld geben und die seit Jahresanfang gar nicht einmal mehr nach ihrer realen Inanspruchnahme von ARD und ZDF gefragt werden, erfahren bis heute kaum oder gar nicht, wohin das viele Geld fließt.

Es sei denn, eine Institution wie der Rechnungshof der Hansestadt Bremen durchleuchtet die internen Zahlen. Im druckfrischen „Sonderbericht“ von dieser Woche urteilt der Rechnungshof dramatisch: Radio Bremen drohe „trotz überdurchschnittlicher Einsparungen“ die Zahlungsunfähigkeit, völlig unabhängig vom neuen Rundfunkbeitrag. Als Überlebensmittel mahnt die Behörde eine „veränderte Verteilung des Beitragsaufkommens innerhalb der ARD“ an. Diese wird nun beweisen müssen, wie wichtig es ihr mit der „Demokratie-Abgabe“ und der ideellen Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist. Immerhin stehen ARD, ZDF und mithin Radio Bremen für gesellschaftlich wichtige regionale und nationale Images. Das sollte bedenken, wer den neuen Rundfunkbeitrag kritisiert. Die letztendliche Frage ist doch: In was für einer Welt wollen wir leben?



Radio Bremen ist die kleinste der ARD-Anstalten und nach einem Bericht des Bremer Landesrechnungshofes trotz erheblicher Einsparungen akut von der Zahlungsunfähigkeit bedroht. FOTO: DPA